

Politische Nachrichten.

Der König hat dem Ersten Staatsanwalt, Geheimen Justiz-Rath Conring zu Hildesheim den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schärfe; dem Herrern Jung zu Hertenstein den Dampfschiffskapitän Johann Wehner zu Nieren-Wall in Rheingaukreise den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse; dem Vice-Zelbwebel Schmidt vom Bekleidungsamt des VII. Armeecorps das Allgemeine Ehrenzeichen in Gold; sowie dem Galerienwärter A. D. Goetze zu Gera und den Arbeitern in der Webefabrik zu Spandau Heinrich Traeger und Friedrich Witt das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Dem Bevormoder des Kaiserlichen Consuls in Pissus Franck ist auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Mai 1870 in Verbindung mit § 85 des Gesetzes vom 6. Februar 1875 für den Amtsbezirk des Consuls und die Dauer seiner Geschäftsführung die Ermächtigung ertheilt worden, bürgerlich gültige und die Behörden, Reichsangehörigen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle derselben zu beurkunden.

Der König hat dem Geheimen Ober-Regierungs- und Vortragenden Rath im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Cornelius zu Berlin bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Wirklicher Geheimen Ober-Regierungs-Rath mit dem Range eines Rathes erster Klasse verliehen; den Provinzial-Steuer-Director, Geheimen Finanz-Rath Hermann in Steint zum Geheimen Ober-Finanz-Rath ernannt; dem mit der Ansicherung bezw. Leitung der Hauptverwaltung an den Strömungen des Königs-Canals an der Spree in Berlin den Rang der Räte dritter Klasse, und dem Kaufmann Georg Max Krause zu Berlin den Charakter als Commerzien-Rath verliehen; ferner dem Ober-Bürgermeister Editt zu Elbing das Recht verliehen, bei geeigneten Gelegenheiten die goldene Amtssteife zu tragen; in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Duedlinburg getroffenen Wahl den besetzten Stadtrath und Syndicus Wilhelm Seberin dafelbst als unbesetzten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Duedlinburg für die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren, den Stadtsyndicus Meyer zu Hammel, gemäß der von dem dortigen Wahl-Collegium getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt Hammel für dessen Lebensdauer bestätigt. Dem Professor Dr. Seibitz zu Berlin ist die bei der Aufstellung für das Bauwesen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten neu errichtete ständige Hilfsarbeiterstelle verliehen worden.

Politische Nachrichten.

Berlin, 30. Juni.

Der Bundesrath wird, wie wir hören, noch die laufende und die nächste Woche Sitzungen abhalten und dann jedenfalls die ständige Sommerpause in seinen Beratungen eintreten lassen. Der Reichskanzler von Caprivi dürfte in der ersten Julihälfte einen Erholungsurlaub antreten. Nach seiner Rückkehr, welche gegen Mitte August erfolgen dürfte, wird der Vicepräsident des Preussischen Staatsministeriums von Bötticher sich zu seiner Cur nach Karlsbad begeben.

Der „Reichs-Anz.“ schreibt: Eine große Anzahl von Zeitungen bespricht eine Mittheilung der Hamburger Nachrichten, wonach die Deutsche Regierung bei anderen Bundesregierungen den Wunsch erhoben habe, es möge auf diejenigen Blätter, welche den Fürsten Bismarck in seiner gegenwärtigen Lage nicht hinreichend als Privatperson behandelten, eine locale Einwirkung geübt werden. Die Mittheilung der „Hamburger Nachrichten“ entbehrt jeder Begründung.

Der „N. A.“ veröffentlicht den Text des vom Reichskanzler im Auftrage des Kaisers dem Bundesrath u. d. 13. d. M. vorgelegten Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Bestrafung des Sklavenhandels, nebst Begründung.

Der mifßverständlichen Auffassung gegenüber, welche der Erlaß des Cultus-Ministers vom 4. April d. J. betreffend den Uebertritt von Volksschullehrern aus einem Regierungsbezirk in einen anderen, hier und da gefunden zu haben scheint, weist der „N. A.“ darauf hin, daß in demselben lediglich diejenigen Bestimmungen zusammengefaßt sind, welche schon seit Jahren für das Verfahren in derartigen Fällen in Geltung waren. Der Erlaß erschwert den Uebertritt nicht, in seiner Lehre aus dem einen in den anderen Bezirk in keiner Weise. Er bestimmt nur, daß die Regierung, welche aus einem fremden Bezirk einen Volksschullehrer in ihren Bezirk zu berufen beabsichtigt, vorher über seine bisherige Thätigkeit Erkundigung einzulegen hat. Veranlassung hat die Thatfache geboten, daß eine Regierung einen Lehrer in ihrem Bezirk angestellt hatte, ohne Kenntniß davon zu nehmen, daß derselbe aus seinem früheren Amt aus disciplinären Gründen ausgeschieden hatte.

Die Mittheilung der „Münchener Allgem. Ztg.“ über die bald nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. in Aussicht genommene Wiederberufung des Herrn v. Buttamer scheint mehr Ansehen zu machen als sie in der That verdient. Es ist auch zu bezweifeln, daß das Blatt selber er-

wartet hat, ihre Bemerkungen, die eigentlich nur längst Bekanntes mit einigen unrichtigen Zusätzen enthalten, würden Aufsehen machen und sogar als Bismarckische Entschuldigungsmaßnahme angesehen werden. Man wußte vor dem Regierungsantritt des Kaisers, daß v. Buttamer bei ihm in besonderer Guld stand. Schon als Prinz Wilhelm hatte er bei verschiedenen Gelegenheiten dies zu erkennen gegeben. Man mußte daher auch annehmen, daß, als Kaiser Friedrich der Bismarck plötzl. aus seinem Amte entsetzt, der damalige Kronprinz von diesem Vorgange keineswegs unangenehm berührt wurde, und ebenso ist es beargw. daß nach seinem Regierungsantritt Kaiser Wilhelm an eine baldige Wiederberufung des gestrichenen Ministers dachte. Es wurde erzählt, daß der Kaiser sich bei der ersten Begegnung mit Herrn von Buttamer gegen diesen in jenem Sinne ausgesprochen habe. Daß aber nicht an eine sofortige Wiederberufung an den früheren Platz gedacht werden konnte, ist selbstverständlich, und wenn auch Fürst Bismarck begrifflichweise ebenfalls einen solchen Gedanken wiederholte, so hatte er doch gewiß nicht nöthig, sich dem Kaiser davon abzurufen, wie das Münchener Blatt sagt, denn das die Wiederberufung des früheren Ministers auf die öffentliche Meinung einen äußerst verächtlichen Eindruck gemacht hätte, sagte sich der Kaiser natürlich selber. Es konnte sich daher nur um die Berufung in ein anderes höheres Amt handeln, und man erfuhr daher auch wiederholt, daß bei erfolgter oder doch in naher Aussicht stehender Vacanz das Augenmerk jedesmal auch auf Herrn von Buttamer gerichtet war. Namentlich war dies der Fall, als Graf Stolberg von der Leitung des Hausministeriums zurücktrat. Auch sonst wurde bei ähnlichen Gelegenheiten wiederholt Hr. v. Buttamer genannt; unter anderen Umständen hätte sich das Gerücht verbreitet, der Staatsratessen sei in Straßburg werde demnächst erledigt werden, daß neben dem Grafen Waldersee auch von Buttamer auf die Candidatenliste gesetzt werden würde. Also an eine baldige Wiederberufung zum Minister des Innern ist sicher nicht gedacht worden und daher ist es auch als entschieden unrichtig zu bezeichnen, daß Herr Herrmann nur als „Platzhalter“ eingetreten sei. Es ist auch nicht glaubhaft, daß derselbe sich zu dieser wenig würdigen Rolle hergegeben hätte. Was nun noch die Berufung v. Buttamers zum Oberpräsidenten von Pommern betrifft, so ist diese allerdings längst entschieden, und zwar wahrscheinlich in Uebereinkunft mit dem Wunsch des Kaisers. Man erzählt sich, was aber vollständig unrichtig ist, daß der Kaiser auch persönlich Herrn v. Buttamer von der erfolgten Ernennung in Kenntniß gesetzt habe.

In den Kreisen des Erwerbslebens, welche an der Befestigung der Eisenbahntaxe erheblich interessiert sind, hat die in der Presse verbreitete Nachricht, daß fortan dem Finanzressort eine entscheidende Mitwirkung auf die Entwicklung der Eisenbahntaxe eingeräumt werden solle, Beunruhigungen hervorgerufen. Zwar nicht für die Gegenwart, aber doch für eine fernere Zukunft. Denn wenn dem jetzigen Finanzminister das volle Verständnis für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Regelung der Eisenbahntaxen betragener und ihm das ungeschwächte Vertrauen entgegengebracht wird, daß er zu einer dem Deutschen Erwerbsleben nachtheiligen Geldentziehung fiscieller Interessen nicht die Hand bieten wird, so ist doch für die Folge die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß für das Deutsche Erwerbsleben nützliche, vielleicht selbst nöthwendige Finanzermäßigungen unter der verstärkten Einwirkung finanzieller Rücksichten entweder ganz oder gerade in denjenigen Zeiten unterbleiben, wo zurückweichende Conjunctionen eine Erleichterung der Praxistaxen besonders erwünscht machen. Die allgemeine vorbeständige Erhöhung der Gütertarife, welche auf den Centralen Erwerbungsstellen der Reichsbahn gerade zu dem Zeitpunkt eintritt, zu welchem die Treibhausdara der Deutschen Verkehrsinteressen noch immer als Schwere vor Augen, und wenn man durch den Uebergang zum Staatsbahnsysteme vor der Wiederkehr solcher Maßnahmen geschützt zu sein glaubt, so befristete man jetzt, daß diese Sicherheit nicht mehr in dem gleichen Maße für alle Zukunft vorhanden sein würde. Es wird den beunruhigten Kreisen des Erwerbslebens daher zur Beruhigung dienen, zu erfahren, daß, wie dem „N. A.“ bestätigt wird, zur Erwägung steht, dem Staatsministerium die vorzugsweise in wichtigen Tarifangelegenheiten zu behalten. In dem Staatsministerium dessen Rufort gegenüber recht zu Stande bildet, mit dem Finanzressort zugleich diejenigen Rücksichten zu verbinden, welche die Wahrnehmung der Interessen von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft veranlassen, und welche mit den Bedürfnissen des heimischen Erwerbslebens durchaus vertraut sind. Wenn, wie anzunehmen ist, diese Erwägungen zu einem positiven Abschluß gelangen, so wird damit, abgesehen von der in den Personen zur Zeit liegenden Gewandtheit, auch dauernd sachlich die Garantie der Finanzen sein, daß der etwaige Widertritt der finanziellen und volkswirtschaftlichen Interessen bei der Befestigung der Eisenbahntaxe die letzteren nach ihrer Bedeutung voll berücksichtigt werden.

— Bekanntlich hatten sich die Vertreter der Zünftevereine vor einiger Zeit mit einer Zunftvereinsversammlung in St. Reichart dem Kaiser gewandt, in welcher sie um die Einberufung einer Handwerker-Conferenz zur Darlegung und Prüfung ihrer auf die Hebung des Handwerkerstandes gerichteten Wünsche baten. Die Handwerker-Conferenz hat demnach in der dritten Juniwoche stattgefunden. Am 30. Juni wurde die Handwerker-Conferenz durch die Einberufung der Handwerker, der nicht bloß die Befehle des Kaisers zurückzuführen, der nicht bloß die Interessen der Industrie und darunter besonders der Arbeiter, sondern auch die der Handwerker wahrzunehmen seien will. Die Handwerker-Conferenz hat sich für den Kaiser ein Verdict über die Einberufung der Handwerker-Conferenz ausgesprochen, welche nach der Rückkehr des Kaisers aus dem Ausland zur Kaiserlichen Entschuldigungen wird es alsdann abhängen, ob auf gesetzgeblichem Wege den Wünschen der Handwerker wird entsprochen werden können.

Das Reichs-Verkehrsamt hat entschieden, daß diejenigen Personen, welche vor dem 1. Januar 1891 von einer durch den Bundesrath inzwischen als besondere Klassenentrichtung zugelassenen Klasse (Bezugsklasse z.) pensionirt worden sind, nicht Anspruch auf die Befreiung von der Versicherungsbeiträge in Anrechnung der Invaliditäts- und Altersversicherung in Antrag zu bringen, wie dies gesetzlich den Personen, welche eine Unfallrente in Höhe des Mindestbetrages der Invalidenrente beziehen, zuzustehen.

Herr von Bollmar, der kürzlich wegen seiner regierungsfremden und nationalen Haltung in socialdemokratischen Kreisen einer heftigen Kritik unterzogen wurde, ist von seinen Bayerischen Parteigenossen rehabilitirt worden. Der socialdemokratische Agitationsverein für Südbayern hatte zum Zwecke einer Stellungnahme zu der bekannten Rede von Bollmars im „Eldorado“ zu München am vergangenen Sonntagabend eine Parteiverammlung abgehalten. In derselben wurde nach dreistündiger lebhafter Debatte einstimmig folgende Resolution angenommen: Die socialdemokratischen Agitationsvereine für Südbayern einvernehmlich die Veranlassung der Parteigenossen erklären, Genossen Bollmar nach Vorlegen des Berichts zu schenken; sie wünschen, daß er auch fernher in parlamentarische Vertretung seines Vaterlandes behalte, hofft aber, daß er von seinem Vertrauen in die Reichsregierung abkommen wird, besonders mit Rücksicht auf die Rede des Reichskanzlers in der Kornollfrage, welche den Widerspruch aller Deutschen Parteigenossen herausgefordert hat. Die Veranlassung weist endlich jede Einmischung der Werner und Conforten in die Münchener Parteiverhältnisse zurück. Die Werner und Conforten sind bekanntlich die Berliner Radicals. Auf diese Idee die Bayern nicht gut zu sprechen zu sein.

Wir haben nochmals Gelegenheit genommen, uns an unterrichteten Stellen über die Gerichte bezüglich neuer Forderungen für das Herz zu erkundigen. Es ist an jenen Stellen von solchen Maßforderungen nicht bekannt. Möglich ist es, daß in Bezug auf technische Eisenbahntaxen Ausbau bezw. Neuaufrüstung der Eisenbahntaxen einige Bewilligungen nöthig werden. Organisationsveränderungen über den Rahmen des Septennats sind nicht bedacht. Auch die Frage der Veranlagung der Zukunft soll noch nicht spruchreif geworden sein. Was die Gerichte freilich in Bezug auf die zweifelhafte Dienstzeit anbelangt, so kann versichert werden, daß diese Gerichte vollständig haltlos sind. Man denkt in den letzten Kreisen der Staatsverwaltung nicht daran, an der jetzigen Dienstzeit zu rütteln, die sich in allgemeinen als praktisch bewährt hat. Sollten im Laufe der Zeit große Reorganisationen nöthig werden, dann würde Gelegenheit geboten, die Frage der Dauer der Dienstzeit eingehend zu lösen. Man ist der Meinung, daß diese fortwährend auftauchenden Gerichte über demnach neue militärische Forderungen dazu dienen sollen, Mißtrauen gegen die Regierung wahrzunehmen und zu rütteln. Der Nothstandsgewinn liegt aber nicht mehr.

Ueber die Hauptversammlung der Deutschen Colonialgesellschaft wird uns aus Nürnberg 28. Juni geschrieben: Der Jahresbericht der Gesellschaft läßt wie im vorigen Jahre erkennen, daß Interesse für die Colonialpolitik, wenn es gelegentlich auch nachläßt, doch so groß ist, um der Gesellschaft jedes Jahr weit über ein Tausend Mitglieder zuzuführen. Der effective Mitgliederbestand am 31. Mai 1891 betrug 1731; die Zahl der Ueberschreibungen hat sich im Jahre 1890 von 148 auf 186 gehoben, unter denen besonders erwähnenswert die von Antwerpen, Brüssel und Tokio sind, welcher sich die geschäftlichen Theile in der Besetzung befinden und nachweislich, daß die Thätigkeit der Centralen in Bezug auf die Auswanderung und Auswanderung nicht gerade, wenn auch noch aktiv im Erfolge nicht sichtbar geworden ist. Mittelamerika, Südamerika und Südwestamerika ändern bei diesen Arbeiten im Interesse des Interesses. Die Auswanderungserfrage sei sonst im Berichtsjahre wenig gefördert; sie sei und bleibe, wie es scheint, das Stiefkind der Regierung, ohne deren Initiative oder active Förderung keine Fortschritte zu erzielen.